

Links.Blick.

Die linke Zeitung für Cottbus und Spree-Neiße

www.dielinke-lausitz.de

Jahrgang 2023/ 10.02, Ausgabe 03



Sonnenstrahlen über CB-Mitte Brache ist bald Geschichte!

Am 25. April 2018 erteilte die Cottbuser Stadtverwaltung die Baugenehmigung für den zweiten Bauabschnitt des Blechen Carré in der Innenstadt. Zuvor hatte sich die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich – gegen den geschlossenen Widerstand der Linksfraktion – für die Erweiterung des Einkaufszentrums ausgesprochen. Dabei war schon Jahre zuvor objektiv erkennbar, dass es keinen Bedarf für weitere Verkaufsflächen in der Cottbuser Innenstadt gibt.

Nur zur Erinnerung: Als Baustart für den zweiten Bauabschnitt war ursprünglich 2009 vorgesehen, die Fertigstellung

bis Ostern 2011 in Aussicht gestellt. Nun, 14 Jahre später, gibt es eine neue Entscheidung. **In einer Sondersitzung der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung waren 29 Kommunalpolitiker dafür, dass die Gebäudewirtschaft Cottbus das Grundstück vom privaten Eigentümer für 5,1 Mio. Euro erwirbt. 12 Stadtverordnete (CDU/AfD/FDP) stimmten dagegen. Es gab sechs Enthaltungen.**

Nach dem abgeschlossenen Kauf soll nun die GWC die Fläche bereinigen und begrünen. Durch den Kauf wird die Investitions- und Instandhaltungsplanung der GWC nicht eingeschränkt. Bestandteil des Beschlusses ist auch die Absichtserklärung der Stadt Cottbus, das Grundstück in der Stadtpromenade nach einer Haltefrist von 5 Jahren von der GWC GmbH zu erwerben. Somit soll der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft kein finanzieller Nachteil entstehen. Erstmals wird somit die Stadt Cottbus – zumindest mittelbar – Besitzer dieser Innenstadtfäche. Gern hätten wir dieses Geld in unsere Schulen, Kitas oder Radwege investiert. Allerdings ist es auch unsere Aufgabe, diesen unhaltbaren Zustand in der Cottbuser Innenstadt

endlich zu beenden. Dabei sitzt der Inhaber der Fläche zweifellos am längeren Hebel.

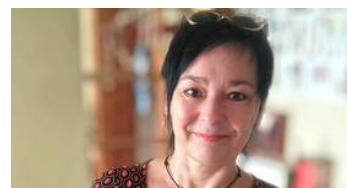
Nach der Fehlentscheidung der Cottbuser Stadtspitze, das Vorkaufsrecht nicht zu nutzen sowie der erneut erteilten Baugenehmigung vor fünf Jahren (auf Beschluss der StVV), gibt es nun eine neue Situation. Die Linksfraktion hat geschlossen für den Erwerb des Grundstückes gestimmt, damit die Innenstadtbrache bald Geschichte ist und mit Sonnenstrahlen im Rücken ein neues Kapitel für die Entwicklung der Cottbuser Innenstadt geschrieben wird. Was mit dieser Fläche künftig passieren soll, welche Bebauung tatsächlich realisiert wird, ist noch offen.

Fest steht allerdings schon heute: Die Linksfraktion wird diese wichtige Entscheidung nicht allein treffen, sondern einen Vorschlag unterbreiten, wie die Bevölkerung einbezogen werden kann. Im laufenden Strukturwandel brauchen wir alle positive Veränderungen in unserem direktem Umfeld. Nur so werden wir zu guten Botschaftern unserer Region. Ich hoffe sehr, dass unser Agieren dafür einen Beitrag geleistet hat.

Matthias Loehr
Fraktionsvorsitzender

Brandenburg: Posse um PCK Schwedt geht weiter - Görke kämpft um Transparenz **S.2**

Türkei/Syrien: Solidarität mit den kurdischen Gebieten **S.3**



Derzeit scheinen sich Bundes- und Landespolitiker:innen die Cottbuser Klinke in die Hand zu geben. Auch die Brandenburger Regierung nutzte ihren Termin „Kabinett vor Ort“ am 07.02., um direkt mit den Bürger:innen ins Gespräch zu kommen. Die gefüllte Oberkirche spiegelte das Interesse, die Gespaltenheit bei Themen, Beifall und/oder Buhrufen das Innenleben unserer Stadtgesellschaft.

Eins vorab: ich finde es gut und richtig, dass das Gespräch mit den Menschen gesucht wird. Es ist sicher auch vollkommen normal, dass sich die Regierung in erster Linie selbst lobt und auf das Gelungene oder Angeschobene verweist: Geld, CTK, Bahnwerk, Sciencepark mit vielen neuen Arbeitsplätzen. Auch mit Attacken aus dem Corona-Pandemie-Zwangsimpflager war zu rechnen. Doch blieben echte Antworten auf Fragen nach Konzepten zur Bildungsmisere, auf das Abwerben von Arbeitskräften aus der mittelständischen Wirtschaft, auf Anbindung und Ausbau von Bahnverkehr eher wage. Natürlich - diese Themen sind hochkomplex und ein geübter Ministerpräsident beantwortet vieles und sagt damit eher wenig.

Ich habe vor allem gut vorbereitete Cottbuser:innen vermisst, die die Politiker:innen nicht so leicht „vom Haken lassen“, bei solcher Gelegenheit den Finger in die Wunde legen und nebenbei den Raum von Wutbürger:innen ein bisschen enger machen. Diese Chance sollten wir beim nächsten Mal beim Schopfe packen.

Conny Meißner,
KGF DIE LINKE Lausitz





Posse um die PCK-Raffinerie geht weiter

Christian Görke kämpft für mehr Transparenz und Ehrlichkeit

Die Bundesregierung hat am 15.12. im Bundestag, vertreten durch den Staatssekretär Kellner, noch wörtlich erklärt: „Im Ergebnis haben wir jetzt die Zusage der polnischen Seite, ab Januar ausreichende Ölmenngen zu liefern, die dem PCK eine komfortable Auslastung von rund 70 Prozent ermöglichen.“

Auf meine Anfrage an die Bundesregierung nach der tatsächlichen Auslastung, gibt diese 60 Prozent an. Ich stelle also fest, dass man nicht von einer komfortablen Auslastung reden kann. Hält Bundesregierung die eigenen vollmundigen Versprechen nicht ein?!

Wie komme ich darauf? Weder über Danzig noch aus Kasachstan kamen im Januar nennenswerte Lieferungen und über die Röhre aus Rostock sind nur circa 50 bis 55 % möglich. Nur durch wundersame Vermehrung und die Nutzung der angelegten Reserve wären die knapp 60 % überhaupt erreichbar. Die Bundesregierung betreibt also Schönrechnerei, die sich bereits auf die Preise für Benzin und Diesel in der Region auswirken. Bisher waren Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin die günstigsten Tankländer. Zur erklären ist das mit den kurzen Lieferwegen aus Schwedt. Momentan ist selbst in Bayern der Sprit günstiger.

Grobes energiepolitisches Foulspiel von Polen

Eigentlich hätte die PCK besser versorgt sein können. Der Anteilseigner Rosneft hatte einen großen

Tanker bestellt, welcher in Danzig entladen werden sollte. Leider beharrt Polen auf der Position, dass sie keine Lieferungen für Rosneft durchleiten wollen. Und das obwohl Rosneft unter Treuhandverwaltung steht. So musste der Tanker kostspielig und zeitaufwendig umgeladen werden, damit er dann in Rostock anlanden konnte. Völlig absurd ist diese Tatsache angesichts der aktuellen Meldungen, dass Polen nach wie vor 10 % seines Rohöls aus Russland bezieht und beabsichtigt bis zu drei Millionen Tonnen russisches Öl in diesem Jahr zu kaufen. Ich erwarte, dass der Bundeswirtschaftsminister diesen eklatanten Widerspruch dringend aufklärt und sicherstellt, dass eine stabile Versorgung auch über den Alternativweg Danzig gewährleistet wird.

Es wird also von den Polen auf der einen Seite Öl aus Russland gekauft, aber auf der anderen Seite werden Lieferungen für die PCK-Raffinerie sabotiert. Das ist ein grobes energiepolitisches Foulspiel, welches Konsequenzen haben muss.“

Kein Pipeline-Neubau Ertüchtigung beihilferechtlich bedenklich

Um zukünftig eine bessere Versorgung zu gewährleisten, hatte der Bund angekündigt, eine zweite Pipeline von Rostock nach Schwedt bauen zu lassen. Diese sollte dann auch nutzbar für Wasserstoff sein, um die PCK zukunftssicher zu machen. Nun wurde bekannt, dass sich die Bundesregierung von diesem Vorhaben ver-

abschiedet hat. Scheinbar ist Minister Habeck bei Minister Lindner abgeblitzt, als er das Geld für die Investitionen haben wollte. Aber auch die 400 Millionen Euro zur Ertüchtigung der bisherigen Röhre aus Bundesmitteln stehen aus beihilferechtlichen Gründen auf der Kippe. Das Beihilferecht der EU soll regeln, dass es einen fairen Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt gibt und untersagt direkte staatliche Investitionen in private Unternehmen, wenn diese nicht selbst einen Anteil an den Investitionen tragen. Da die Eigentümer der PCK-Raffinerie und damit auch der Pipeline (Rosneft, Shell und Eni) momentan nicht in das Sorgengeld PCK investieren wollen, steht das Vorhaben auf der Kippe. Ich habe Robert Habeck im Bundestag befragt, wie das Wirtschaftsministerium mit dieser Situation umgehen will. Laut Habeck ist es denkbar, dass der Bund dann in die PCK einsteigt. Damit wäre es keine direkte Investition mehr in ein privates Unternehmen und somit mit dem Beihilferecht verein-

bar.

Der Bund muss Verantwortung übernehmen

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Von Anfang an fordert unsere Fraktion, dass der Staat endlich vollumfänglich Verantwortung beim Thema PCK übernehmen muss. Die PCK-Raffinerie darf nicht zum Spielball unterschiedlicher Konzerninteressen werden und die halbgare Treuhand-Situation ist keine Dauerlösung. Der Bund sollte jetzt die Gelegenheit nutzen und gemeinsam mit dem Land Brandenburg in die Raffinerie einsteigen. Eine Übernahme wäre eine saubere Lösung und würde Sicherheit für den Standort, sowie die Versorgung Ostdeutschlands bringen. Es gäbe dann auch keine beihilferechtlichen Bedenken mehr bezüglich der Investitionen in die Pipeline von Rostock nach Schwedt. Außerdem wäre dann ein Strukturwandel mit geballter Kraft möglich. Die PCK-Raffinerie ist kritische Infrastruktur und muss genau wie Uniper unter staatliche Kontrolle!

Christian Görke

BPA-Fahrt Zu Besuch im Bundestag



Viel Spaß und jede Menge Erkenntnisse hatten die Lausitzer:innen beim Besuch des Humboldtforums und des Bundestages auf Einladung von Christian Görke. Auch im 2. Halbjahr wollen wir Sie einladen. Bei Interesse eine Mail an meissner@dielinke-lausitz.de. Übrigens: Sie können mit uns auch den Landtag kennenlernen...

Berlin, wir drücken die Daumen!!!



Straßenwahlkampf in eisiger Kälte? Es gibt Angenehmeres. Aber bei der Wiederholungswahl am 12. Februar in Berlin geht es um einiges: So kämpft DIE LINKE als einzige im Abgeordnetenhaus vertretene Partei für die Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheides „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, während andere den Wähler:innenwillen bereits wieder vergessen haben. Bezahlbares Wohnen – das wohl dominierende Thema in diesem Wahlkampf. Aber auch ein höherer Vergabemindestlohn, mehr Investitionen in die öffentlichen Krankenhäuser, ein schnellerer Ausbau von Schulen und Kitas sowie eine echte Verkehrswende mit mehr und günstigerem ÖPNV stehen auf der To-Do-Liste.

Und Erfolge kann die Berliner LINKE trotz der Kürze der bisherigen Wahlperiode allemal vorweisen: Während im Bund weiterhin über das 49-Euro-Ticket gestritten wird, setzt Berlin eine regionale 29-Euro-Variante um und erhält für das Sozialticket sogar den 9-Euro-Preis. Ein Här-

tefallfond schützt Menschen in Zeiten steigender Energiekosten vor Strom- und Gassperren und bei städtischen Wohnungsunternehmen sind Mieterhöhungen ausgeschlossen. Nachdem die Kita-Gebühren bereits vollständig abgeschafft wurden, ist nun auch der Hort bis zur 3. Klasse beitragsfrei. Allesamt Themen, in denen Berlin dank der LINKEN dem Land Brandenburg weit voraus ist.

Alles gute Gründe, diesen schwierigen und kurzfristig notwendig gewordenen Wahlkampf zu unterstützen. So waren auch Genoss:innen aus der Lausitz ein Wochenende in verschiedenen Berliner Bezirken unterwegs, haben Infomaterial in Briefkästen verteilt, sind an Infoständen und an Haustüren mit Menschen ins Gespräch gekommen. Neben der gern geleisteten Hilfe war der Einsatz auch ein wertvoller Erfahrungsaustausch. Schließlich stehen im kommenden Jahr auch in Brandenburg wieder zahlreiche Wahlkämpfe an, in denen DIE LINKE für einen Politikwechsel kämpfen wird. *Chris Neumann, Kreisvorsitzender*



Heyva Sor a Kurdistanê e.V.
Kreissparkasse Köln

IBAN: DE49 3705 0299 0004 0104 81

Solidarität mit Erdbeben-Opfern

Ein schweres Erdbeben am frühen Morgen des 6. Februar erschütterte das Grenzgebiet zwischen dem Südosten der Türkei und dem Nordwesten Syriens. Das Beben mit der Stärke 7,4 und das Nachbeben der Stärke 7,9 forderten bis heute Morgen (7.2.) Tausende Todesopfer. Unzählige Menschen sind verletzt, nach Überlebenden wird zum Teil mit bloßen Händen gegraben. Das Ausmaß der Zerstörung ist nicht zu ermessen; viele sind noch verschüttet. Die Menschen versuchen ohne schweres Gerät zu bergen, die Überlebenden sind in der eisigen Kälte ohne Obdach. In der Region herrscht seit Jahren Krieg und Vertreibung. Die Türkei versucht die kurdischen Gebiete einzunehmen, auf syrischem Staatsgebiet drohen den Kurden ebenfalls Repressalien. Und jetzt, trotz der humanitären Katastrophe, schreckt das türkische Militär nicht davor zurück, kurdisch kontrollierte Gebiete in Nordsyrien zu bombardieren. Zudem sind die Grenzen zwischen Türkei und Syrien bis auf einen Übergang gesperrt.

Damit muss auf der Stelle Schluss sein! „Die Bundesregierung muss sich dringend in der EU und bei den USA für die Aufhebung der einseitigen Syrien-Sanktionen einsetzen, die die Nothilfe für die Erdbebenopfer blockieren und den Wiederaufbau des Landes erschweren. Es ist zynisch, dass der Westen entgegen allen Betroffenheitsbekundungen eine Verschärfung der humanitären Katastrophe in Syrien infolge des Erdbebens in Kauf nimmt, indem durch die Aufrechterhaltung der Strafmaßnahmen humanitäre Hilfe wie die Entsendung von Hilfskonvois oder die Überweisung von Geldern verhindert wird“, erklärt Sevim Dagdelen, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss und Sprecherin für Internationale Politik und Abrüstung. Auch Janine Wissler kritisiert: „Das türkische Militär hat am Dienstag das vom Erdbeben betroffene Umland von Tal Rifaat in Syrien bombardiert. Dort befindet sich auch ein großes Flüchtlingslager für Menschen, die vor dem Krieg geflohen sind. Das Agieren Erdogans ist unmenschlich und verbrecherisch. Syrien und die Türkei müssen die Grenze öffnen, um grenzüberschreitende Hilfe zu ermöglichen... Die Zustände sind dramatisch und die Überlebenschancen der Verschütteten schwinden stündlich. Uns wird berichtet, dass freiwillige Helfer teils von den Behörden abgehalten werden zu unterstützen.“ In der Zwischenzeit wurde ein dreimonatigen Ausnahmezustand in den betroffenen Gebieten verhängt. „Das bedeutet nicht nur, dass unabhängige Berichterstattung aus diesen Städten unterbunden werden kann, so Wissler, sondern auch, dass Erdogan bis zu den Wahlen in drei Monaten, versuchen wird, das Ausmaß dieser Katastrophe zu verschleiern und demokratische Rechte weiter zu beschneiden.“

Janine Wissler war zum Zeitpunkt in der Türkei, um den Kobanê-Prozess solidarisch zu begleiten, bei dem insgesamt 108 Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft und der kurdischen Befreiungsbewegung angeklagt sind. Es geht auch um das Verbot der HDP, der Halkların Demokratik Partisi, die eine linke Schwesterpartei ist.

TERMINE

15.02.

Politischer Kaffeepausch

von 15 -17 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

17.02. Bürgersprechstunde

Anke Schwarzenberg

10 Uhr, Cottbus, Geschäftsstelle

23.02. PLAN B in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion Brandenburg

mit Jan van Aaken

Gespräch & Diskussion ab 18 Uhr im Café MANGOLD, August-Bebel-Str. 23, Cottbus

Panzer für den Frieden? Wege aus dem Krieg in der Ukraine

25.02. Bürgerbrunch mit Katharina Slanina

Thema: Bürgergeld

11:00 Uhr, voraussichtlich Begegnungsstätte der Volkssolidarität Cottbus/Sandow

Veranstaltungen zum FRAUENTAG

08.03. Ausstellungseröffnung

„Frauenbilder“ von Rudolf Sittner

15:00 Uhr Cottbus, Geschäftsstelle

Bitte unbedingt voranmelden!

11.03. Polit-Brunch mit Yasmin Wird

Frauengesundheit in Medizin und Wissenschaft ungleich behandelt?

11:00 Uhr Cottbus, Geschäftsstelle

PLAN B - der gesellschaftskritische Abend

Panzer für den Frieden? Wege aus dem Krieg mit der Ukraine

Seit Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine vor einem Jahr stellt sich die Frage, wie sich Friedenperspektiven und Solidarität mit den Menschen in der Ukraine verbinden lassen und welche konkreten politischen Forderungen daraus folgen könnten: Wie lässt sich Solidarität auch zivil denken, ohne gleich 100 Milliarden für die Bundeswehr auszugeben oder Waffen bzw. Panzer nach Kiew zu liefern? Welche möglichen Lösungen gibt es für diesen Krieg? Und wie kann eine künftige Friedensordnung für Europa jetzt noch aussehen?

Mit **Jan van Aken** (Foto) wollen wir in dieser Veranstaltung der Frage nachgehen, was Deutschland tun könnte, um den Menschen in der Ukraine und in ganz Europa eine friedliche Perspektive zu sichern.

Die Veranstaltungsreihe „Plan B“ ist eine Kooperation von Anke Schwarzenberg, MdL im Landtag Brandenburg, der Rosa - Luxemburg - Stiftung Brandenburg und dem Kommunalpolitischen Forum Brandenburg.

23.02., 18 Uhr, Café MANGOLD A. - Bebel-Str. 22, Cottbus



Jan van Aken ist promovierter Biologe, war als Gentechnikexperte für Greenpeace und von 2004 bis 2006 als Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen tätig.

Zwischen 2009 und 2017 war er Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und ist jetzt als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung für internationale Krisen und Konflikte tätig.

Stadtteilgespräch mit Bürgerbrunch in Sandow

Das neue Bürgergeld 2023 Fragen, Probleme, Antworten

Am 01.01.2023 löste das Bürgergeld Hartz IV ab und das Wohngeld Plus trat in Kraft. Es soll mehr Geld bringen und schneller an die Inflation anpassbar sein.

Hilft das neue Bürgergeld wirklich? Welche Bedingungen sind an den Bezug geknüpft? Was hat sich ver-

bessert? Wo liegen die Tücken?

Darüber wollen wir gemeinsam reden mit der Rechtsanwältin Katharina Slanina.

Die Stadtverordnete Birgit Mankour lädt alle interessierten Bürger:innen zum Thema herzlich ein: am 25. Februar, 11 Uhr ins Begegnungszentrum der Volkssolidarität in der Elisabeth-Wolf-Straße.

Bürgersprechstunde
Liebe Cottbuserinnen, als Lausitzer Abgeordnete freue ich mich sehr auf Ihre Fragen und Themen!

17. Februar ab 10 Uhr

Anke Schwarzenberg, MdL, Sprecherin für Strukturwandel Lausitz, ländliche Entwicklung, Regionalplanung und Raumordnung

GS DIE LINKE Lausitz Ostrower Str. 3 03046 Cottbus

DIE LINKE. Parteien für soziale Gerechtigkeit

!!! Vorgemerkt!!!

14.03. Janine Wissler kommt nach Cottbus und berichtet über ihre Erlebnisse in der Türkei, den kurdischen Widerstand und den Kobané-Prozess.

19:00 Uhr Cottbus, Club Bebel, Nordstraße 4

Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr

Während dieser Zeit kann auch unser Zeitzeugen-Archiv besucht werden!

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: Soziale Bürgerberatung 11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail info@dielinke-lausitz.de

Tel: 0355 - 22 44 0

im Netz: www.dielinke-lausitz.de

Frauentag: Herzliche Einladung an alle Genossinnen!

AUSSTELLUNG
aus Anlass des Internationalen Frauentages

**FRAUEN
BILDER**

DIE LINKE. Parteien für soziale Gerechtigkeit

Ostrower Straße 3 03048 Cottbus

RUDOLF SITTNER
FOTOGRAFIE
UND DRUCKGRAFIK

vom 8. März bis 31. Mai 2023

Am 8. März, 15 Uhr, wird die Ausstellung „Frauen-Bilder, Fotografie und Druckgrafik von Rudolf Sittner“ durch Christian Görke eröffnet.

Die Ausstellung zeigt sensible Portraits von Frauen aus verschiedenen Regionen der Welt bei der Ausübung von Berufen und Tätigkeiten, beim Lachen, Tanzen und Trauern. Es gibt Kaffee und Kuchen.

Aus Platzgründen bitten wir um Reservierung: veranstaltungen@dielinke-lausitz.de
Wo: Geschäftsstelle DIE LINKE